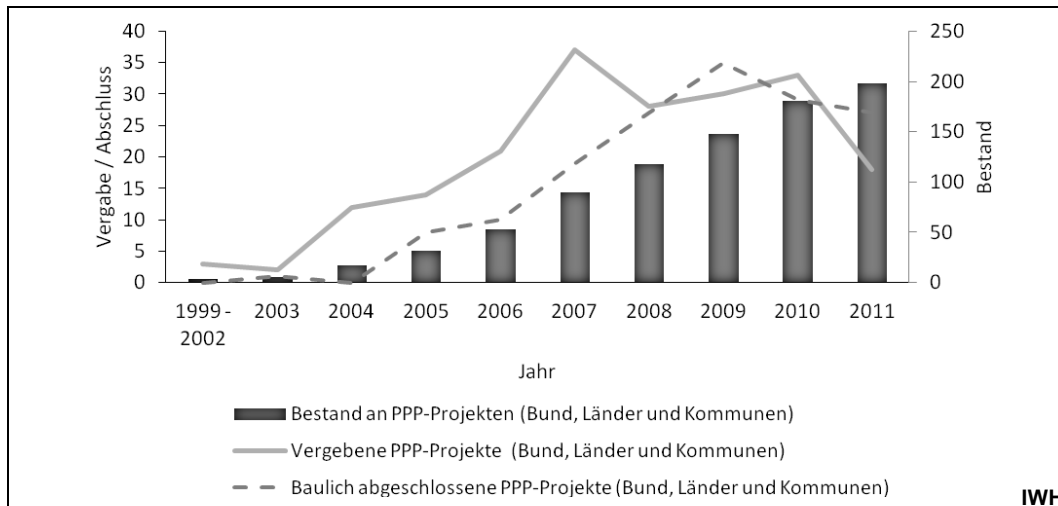


IWH-Pressemitteilung 4/2012

Halle (Saale), den 21. Februar 2012

PPP in Deutschland – Der Schwung lässt nach

Public-Private-Partnership-Projekte in Deutschland, Stand: Dezember 2011



Quelle: Darstellung des IWH, basierend auf den Daten von www.ppp-projekt Datenbank.de, www.oepf-plattform.de sowie Erhebungen des IWH.

Mit dem Begriff „Public Private Partnership“ (PPP) oder „Öffentlich-Private Partnerschaft“ (ÖPP) wird eine moderne Form der Erfüllung öffentlicher Aufgaben bezeichnet, bei der eine Gebietskörperschaft das gewünschte Niveau der öffentlichen Leistungen definiert, aber deren Produktion (gegen ein Entgelt) für eine langfristig festgelegte Vertragslaufzeit auf ein privates Unternehmen überträgt. Dabei umfasst die privat produzierte Leistung nicht nur die physische Herstellung von Infrastruktur (z. B. Bau einer Schule), sondern auch ihren laufenden Betrieb. Nahezu 78% aller bislang in Deutschland vergebenen PPP betreffen Projekte der Kommunen, speziell der größeren Städte. Knapp 31% aller PPP wurden im Schulsektor vergeben, weitere knapp 30% sind im Bereich „Gesundheit, Sport, Erholung“ angesiedelt.

Folgt man den (um eigene Recherchen ergänzten) vorliegenden Angaben aus zwei bundesweiten Datenbanken, die auf freiwilligen Meldungen der Projektbetreiber basieren, so wurden zwischen 1999 und 2002 lediglich drei PPP-Projekte vergeben, im Jahr 2003 kamen dann noch zwei weitere PPP-Projekte hinzu; zudem wurde in diesem Jahr auch das erste PPP-Projekt baulich abgeschlossen und dem zuständigen Betreiber übergeben. Von 2003 bis 2007 nahm die Anzahl der vergebenen PPP-Projekte deutlich zu – so wurden im Spitzenjahr 2007 insgesamt 37 neue Projekte vergeben und ein Gesamtbestand von 89 PPP-Projekten ausgewiesen. Ein wesentlicher Teil der im Jahr 2007 vergebenen PPP-Projekte wurde 2009 baulich fertiggestellt. Die Vergabe von PPP-Projekten ging nach 2007 zunächst zurück, auf 28 im Jahr 2008, jedoch kam es in den beiden Folgejahren wieder zu einem An-

Sperrfrist:
21. Februar 2012
11:00 Uhr

Pressekontakt:
Stefanie Müller
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:
Martin T. W. Rosenfeld
Telefon:
+49 345 77 53 750
E-Mail:
mrd@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (**BMVBS**), Bundesministerium der Finanzen (**BMF**), Bundesministerium des Innern (**BMI**), Wirtschafts-, Finanz- und Innenministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter:
Public Private Partnership, Öffentlich-Private Partnerschaft, Kommunen, Kommunalfinanzen, lokale Infrastruktur, kommunale Daseinsvorsorge

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

stieg. So wurden im Jahr 2010 wieder 33 neue PPP-Projekte vergeben. Ein deutlicher Abwärtstrend lässt sich allerdings für das Jahr 2011 feststellen. Bis Anfang Dezember 2011 konnten lediglich 18 Projekte vergeben werden. Falls es dabei bleiben sollte, würde das Vergabenniveau von 2011 unter jenes des Jahres 2006 sinken. Ob diese Tendenz durch eine zunehmende Desillusionierung der Kommunen hinsichtlich der vielfach von PPP erwarteten Erweiterung des kommunalen Finanzierungsspielraums zu erklären ist, muss weiterführenden Analysen vorbehalten bleiben.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld
Tel.: +49 345 7753 750, E-Mail: Martin.Rosenfeld@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht die transformationsbedingten ökonomischen Besonderheiten in Ostdeutschland und Mittelosteuropa, die es zu überwinden bzw. zu gestalten gilt, sowie den fortdauernden Prozess der ökonomischen Integration in Europa. In drei Forschungsabteilungen (Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik) erarbeitet das IWH darüber hinaus wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. So ist das IWH beispielsweise Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören zurzeit 86 Forschungsinstitute und wissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen für die Forschung sowie drei assoziierte Mitglieder. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute arbeiten strategisch und themenorientiert an Fragestellungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Bund und Länder fördern die Institute der Leibniz-Gemeinschaft daher gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.